

Niederschrift
über die 9. Sitzung gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Inklusion und
des Beirates für Inklusion und Menschenrechte
am 03.02.2017 in Köln, Landeshaus

Anwesend vom Gremium:

CDU

Hurnik, Ivo
Isenmann, Walburga
Natus-Can M.A., Astrid
Norkowsky, Arnold
Meies, Fritz für Rubin, Dirk
Rohde, Klaus für Schittges, Winfried (MdL)
Solf, Michael-Ezzo (MdL)
Wöber-Servaes, Sylvia
Wörmann, Josef Vorsitzender

SPD

Daun, Dorothee
Lüngen, Ilse
Recki, Gerda für Meiß, Ruth
Schmerbach, Cornelia
Schmidt-Zadel, Regina
Servos, Gertrud
Kaske, Axel für Weiden-Luffy, Nicole Susanne

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Klemm, Ralf für Herlitzius, Bettina
Schmitt-Promny M.A., Karin (MdL)
Zsack-Möllmann, Martina

FDP

Boos, Regina

Die Linke.

Dr. Bell, Hans-Günter
Jacob, Tobias

Freie Wähler/Piraten

Hagenbruch, Detlef

für Rehse, Henning

Anwesend vom Beirat:

Ausschuss (Fraktionen siehe oben)

Servos, Gertrud

Beiratsvorsitzende

Solf, Michael-Ezzo (MdL)

Wörmann, Josef

Daun, Dorothee

Schmitt-Promny M.A., Karin (MdL)

Boos, Regina

Dr. Bell, Hans-Günter

Hagenbruch, Detlef

für Rehse, Henning

Landesbehindertenrat

Esser, Christoph

Gottschalk, Berthold

Ladenberger, Horst

Romberg-Hoffmann, Ellen

LAG Freie Wohlfahrtspflege

Dr. Huppert, Christian

Verwaltung:

Lubek, Ulrike

LVR-Direktorin

Lewandrowski, Dirk

LVR-Dezernent Soziales (7)

Woltmann, Bernd

Leitung Anlaufstelle BRK (00.300)

Henkel, Melanie

Anlaufstelle BRK (00.300), Protokoll

Voth, David

Anlaufstelle BRK (00.300)

Butz, Evelyn

Fachbereich Kommunikation

Roggendorf, Karl

Gesamtschwerbehindertenvertretung

Plenge, Gabriele

Gesamtpersonalrat

Schiele, Corinna

Personalrat Dezernat 5

Hiestermann, Astrid

Personalrat Dezernat 5

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Niederschrift über die 8. gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Inklusion und des Beirates für Inklusion und Menschenrechte vom 09.12.2016
3. Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz-BTHG) **14/1811 K**
4. Inklusionsbarometer 2016 **14/1776 K**
5. Partizipation
- 5.1. Vorstellung des landesgeförderten Projektes für Kommunen "Mehr Partizipation wagen!" der LAG Selbsthilfe NRW e.V. **14/1826 K**
- 5.2. Follow up-Staatenprüfung zur UN-Behindertenrechtskonvention: Weiteres Vorgehen des LVR zur Partizipation in öffentlichen Angelegenheiten nach den Abschließenden Bemerkungen des UN-Fachausschusses im Sinne der Zielrichtung 1 des LVR-Aktionsplans **14/1822 K**
6. Anfragen und Anträge
7. Mitteilungen der Verwaltung
8. Beschlusskontrolle
9. Verschiedenes

Beginn der Sitzung: 09:30 Uhr

Ende der Sitzung: 11:30 Uhr

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird anerkannt.

Punkt 2

Niederschrift über die 8. gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Inklusion und des Beirates für Inklusion und Menschenrechte vom 09.12.2016

Gegen die Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben.

Punkt 3

Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz-BTHG)

Vorlage 14/1811

Herr **Lewandrowski** führt in die Vorlage ein und erläutert die wesentlichen Veränderungen, die mit dem Bundesteilhabegesetz (BTHG) stufenweise in Kraft treten werden. Er verweist auf ein gemeinsames Schreiben der Landschaftsverbände, der Kommunalen Spitzenverbände und der Freien Wohlfahrtspflege NRW, in dem die Landesregierung gebeten wird, noch in der laufenden Legislaturperiode eine Bestimmung vorzunehmen, wer der zukünftige Träger der Eingliederungshilfe sein solle. Herr Lewandrowski wirbt dafür, dass sich auch die Selbsthilfeverbände dafür einsetzen, dass eine frühzeitige Bestimmung getroffen wird.

Frau **Lubek** kündigt eine Vorlage zur Frage der Trägerbestimmung für den Finanzausschuss und den Landschaftsausschuss an.

Zu der Vorlage Nr. 14/1811 nehmen die **Beiratsvorsitzende**, Herr **Ladenberger**, Frau **Schmidt-Zadel**, Herr **Dr. Huppert**, Frau **Schmitt-Promny**, Frau **Daun**, Herr **Esser** und der **Ausschussvorsitzende** Stellung.

Nach entsprechenden Wortbeiträgen wird für das Protokoll festgehalten, dass auch die Vertreterinnen und Vertreter des Landesbehindertenrates eine zeitnahe Bestimmung des LVR zum Träger der Eingliederungshilfe begrüßen würden.

Im Rückblick auf den engagierten Beteiligungsprozess im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes wird es als wichtig angesehen, die Selbstvertretungsorganisationen auch bei der weiteren Ausgestaltung des BTHG auf Landesebene aktiv zu beteiligen.

Es wird insbesondere mit Blick auf die durch das Gesetz möglicherweise entstehenden neuen Schnittstellen angeregt, Verfahren zu gestalten, die im Sinne der Leistungsempfängerinnen und -empfänger sind.

Eine leicht verständliche Zusammenfassung des Bundesteilhabegesetzes ist im Internet abrufbar unter: www.bmas.de/DE/Leichte-Sprache/einzelheiten-zum-bundesteilhabegesetz/einzelheiten-zum-bundesteilhabegesetz-artikel.html

Herr **Lewandrowski** sagt zu, dass die Verwaltung weiterhin über den Umsetzungsprozess informieren werde.

Der Bericht zum Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz-BTHG) wird gemäß Vorlage Nr. 14/1811 zur Kenntnis genommen.

Punkt 4
Inklusionsbarometer 2016
Vorlage 14/1776

Frau **Boos** regt an, dass das Inklusionsbarometer Ausschuss und Beirat jedes Jahr zur Kenntnis gebracht werde.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen das Inklusionsbarometer 2016 zur Kenntnis.

Punkt 5
Partizipation

Punkt 5.1
Vorstellung des landesgeförderten Projektes für Kommunen "Mehr Partizipation wagen!" der LAG Selbsthilfe NRW e.V.
Vorlage 14/1826

Frau **Möves** von der LAG Selbsthilfe NRW und Herr **Kempf** vom ZPE stellen das dreijährige Projekt vor und beantworten Rückfragen sowie Anregungen von Frau **Schmitt-Promny**, der **Beiratsvorsitzenden**, Frau **Daun**, Frau **Schmerbach**, Frau **Schmidt-Zadel**, Frau **Lubek**, dem **Ausschussvorsitzenden** und Herrn **Dr. Huppert**.

Ziel des Projektes sei die Unterstützung von Kommunen und "Selbsthilfeakteuren" vor Ort beim Aufbau einer kommunalen Partizipationsstruktur in Form von Information, Moderation und Beratung. Bislang seien die Projektkapazitäten noch nicht ausgeschöpft. Interessierte seien daher herzlich eingeladen, sich an das Projekt zu wenden (LAG SELBSTHILFE NRW e.V., Telefon 02 51/ 97 95 63 50 oder daniela.eschkotte@lag-selbsthilfe-nrw.de).

Die Präsentation der Gäste ist der Niederschrift als **Anlage** beigelegt.

Projektbeteiligte stellen das Konzept in der Sitzung des Ausschusses für Inklusion mit seinem Beirat für Inklusion und Menschenrechte am 03.02.2017 vor. Eine Kurzinformation wird gemäß Vorlage Nr. 14/1826 zur Kenntnis genommen.

Punkt 5.2
Follow up-Staatenprüfung zur UN-Behindertenrechtskonvention: Weiteres Vorgehen des LVR zur Partizipation in öffentlichen Angelegenheiten nach den Abschließenden Bemerkungen des UN-Fachausschusses im Sinne der Zielrichtung 1 des LVR-Aktionsplans
Vorlage 14/1822

Frau **Lubek** führt in die Vorlage ein. Herr **Woltmann** erläutert näher das geplante Vorgehen zur Verstärkung der Partizipation der organisierten Selbstvertretung von Menschen mit Behinderungen innerhalb der Verwaltung in Fragen öffentlicher Angelegenheiten.

Die Vorlage wird vom **Ausschussvorsitzenden**, Frau **Schmitt-Promny**, Herrn **Ladenberger**, Herrn **Hurnik**, der **Beiratsvorsitzenden**, Herrn **Kempf** und Frau **Möwes** diskutiert und bewertet.

Frau **Lubek** stellt abschließend klar, dass die Förderung der Partizipation von Menschen mit Behinderungen auch an öffentlichen Angelegenheiten im LVR in gewisser Weise eine gezielte "Bevorzugung" sei, die durch Artikel 5 Absatz 4 BRK abgesichert wäre und der besonderen Verantwortung des LVR für diesen Personenkreis folge.

Das weitere Vorgehen des LVR zur Partizipation in öffentlichen Angelegenheiten nach den Abschließenden Bemerkungen des UN-Fachausschusses im Sinne der Zielrichtung 1 des Aktionsplans innerhalb der Verwaltung wird gemäß Vorlage Nr. 14/1822 zur Kenntnis genommen.

Punkt 6 **Anfragen und Anträge**

Es gibt keine Wortmeldungen.

Punkt 7 **Mitteilungen der Verwaltung**

- Das Bundeskabinett verabschiedete am 18.01.2017 den zweiten **Teilhaberbericht der Bundesregierung**. Das 576 Seiten umfassende Dokument ist unter folgendem Link abrufbar: http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Pressemitteilungen/2017/zweiter-teilhabebericht.pdf?__blob=publicationFile&v=4
- Die Landesregierung hat für den mit dem Inklusionsstärkungsgesetz beschlossenen **Teilhaberbericht NRW** u.a. das Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik mit einer Vorstudie beauftragt. Der LVR ist als „Daten-Halter“ einbezogen. Der NRW-Bericht soll erstmals zum 31.12.2018 erscheinen. Das selbe Institut hat übrigens auch den o.g. neuen Teilhaberbericht der Bundesregierung erarbeitet.
- Am 20.01.2017 gab die Bundesregierung den Startschuss für eine umfangreiche **repräsentative Studie zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in Deutschland**. Das Institut für angewandte Sozialwissenschaft (infas) in Bonn führt diesen sog. „**Teilhabe-Survey**“ für das BMAS durch. Alle wichtigen Lebensbereiche werden daraufhin untersucht, inwiefern Teilhabe gelingt und wo wir auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft stehen. Befragt werden 16.000 Menschen mit Behinderungen in Privathaushalten, 5.000 Menschen mit Behinderungen, die in Einrichtungen leben, 1.000 Menschen mit speziellen Kommunikationserfordernissen und 5.000 Menschen ohne Behinderung als Kontrollgruppe. 2021 soll die Auswertung der erhobenen Daten abgeschlossen sein. Weitere Informationen sind im Internet zu finden unter: <http://www.bmas.de/DE/Presse/Meldungen/2017/startschuss-repraesentative-studie-zur-teilhabe-menschen-mit-behinderungen.html>
- Der **LVR-Beirat für Inklusion und Menschenrechte tritt am 2.3. zu einer Sondersitzung (ohne den Ausschuss) zusammen**, um die bisherige Zusammenarbeit zwischen dem Ausschuss, dem Landesbehindertenrat NRW e.V. („Pool“) und dem Vertreter der LAG der Freien Wohlfahrtspflege zur politischen Partizipation zu betrachten und zu bewerten.

- Am **21.03. findet die LVR-Fachtagung „Neue Alte – Neue Wege“** zur Lebenslage älter werdender Menschen mit geistige Behinderungen als gemeinsame Sondersitzung des Sozialausschusses, des HPH-Ausschusses und des Ausschusses für Inklusion statt.
- Der im November 2016 beschlossene **1. Bericht zur Umsetzung des LVR-Aktionsplans im Jahr 2015** (vgl. Vorlage 14/1378/1) ist unter dem Titel „Gemeinsam in Vielfalt 2016“ im Druck (Broschüre).
- Der **2. Bericht für das Jahr 2016** ist bereits in Arbeit. Er wird wieder zunächst als Vorlage in die Beratungen der Ausschüsse gegeben und soll am 20.09. im Ausschuss für Inklusion beschlossen werden. Im Benehmen mit den Vorsitzenden Herrn Wörmann und Frau Servos soll die **Sitzung von Ausschuss und Beirat am 22.11. daraufhin als ganztägige Veranstaltung** (LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte 2017) mit weiteren Gästen durchgeführt werden. Damit soll dem Partizipationsgebot (siehe TOP 5 heute) auch im LVR-Berichtswesen Rechnung getragen werden.
- Das LVR-LandesMuseum Bonn plant für den 3. April eine partizipative **Tagung mit Workshops zur Weiterentwicklung des Grundsatzbeschlusses zur Neuorientierung** auf der Grundlage einer umfassenden inklusiven Zielsetzung (vgl. Vorlage 14/1134). Es sind bauliche und gestalterische Maßnahmen zur Erhöhung der Barrierefreiheit bereits vorgesehen und in Planung. Das GLM (31.10) ist beteiligt. An der Planung sollen interessierte Rheinländerinnen und Rheinländer mit und ohne Behinderungen partizipativ einbezogen werden, ihr Museum mitzugestalten.

Punkt 8 **Beschlusskontrolle**

Die **Beiratsvorsitzende** regt an, das Thema LVR-InklusionsApp mit Raul Krauthausen im Rahmen der Berlin-Reise von Ausschuss und Beirat zu diskutieren.

Punkt 9 **Verschiedenes**

Keine Wortbeiträge.

Duisburg, den 20.02.2017	Neuss, den 28.02.2017	Köln, den 14.02.2017
Der Ausschussvorsitzende	Die Beiratsvorsitzende	Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland
W ö r m a n n	S e r v o s	L u b e k

**Mehr
Partizipation
wagen!**

- Projektzeitraum:** 1.Mai 2016 bis 30.April 2019
- Träger:** LAG SELBSTHILFE NRW e.V.
- Wissenschaftliche Begleitung:** Zentrum für Planung und Evaluation sozialer Dienste der Universität Siegen (ZPE)
- Förderung:** Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW (MAIS NRW). Das Projekt ist Teil der Landesinitiative „NRW Inklusiv“

Projektteam

Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe NRW e.V. (LAG)



Daniela Eschkotte:
wissenschaftliche
Referentin: Projektleitung



Britta Möwes:
wissenschaftliche
Projektmitarbeiterin



Geesken Wörmann:
LAG-Vorsitzende,
Projektverantwortung
und -beratung



Annette Schlatholt:
LAG-Geschäftsführerin:
Projektverantwortung und
-beratung (juristische)

Zentrum für Planung und Evaluation sozialer Dienste (ZPE) der Universität Siegen



Matthias Kempf,
wissenschaftlicher
Mitarbeiter



**Prof. Dr. Albrecht
Rohrmann:**
wissenschaftliche
Projektleitung

Beteiligung von Menschen mit Behinderungen in NRW (Stand 2013):

1. Nur **20% der Kommunen in NRW haben eine Satzung** zur Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderungen nach § 13 des BGG NRW (gilt seit 2004!)

2. **In mehr als der Hälfte der Kommunen in NRW (53%) gibt es keine Form der Interessenvertretung** von Menschen mit Behinderungen (keine Beiräte, keine beauftragte Einzelperson, kein Zusammenschluss der Selbsthilfe o.ä.).

Zukunftsworkshop:

- 1 Tag, bis zu 25 TeilnehmerInnen aus **Politik, Verwaltung und Selbsthilfe**
- Assistenzkosten (wie z.B. Gebärdensprachdolmetschung usw.) werden von uns übernommen.
- **Ablauf des Workshops:**
 1. Situationsanalyse
 2. kreative Phase (Wünsche, Veränderungsbedarfe etc.)
 3. Vereinbarung/ Absichtserklärung/ Fahrplan mit konkreten Aufgaben
- **Dokumentation des Workshops**
- **Auswertung der erfolgten Umsetzungsschritte** nach 6 Monaten

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Landesarbeitsgemeinschaft

SELBSTHILFE

NRW e.V.

Neubrückenstraße 12 – 14

48143 Münster

Telefon: 02 51 4 34 00

Telefax: 02 51 51 90 51

E-Mail: daniela.eschkotte@lag-

selbsthilfe-nrw.de

Zentrum für Planung und Evaluation
Sozialer Dienste (ZPE) der Universität
Siegen

Adolf-Reichwein-Str. 2

57068 Siegen

Telefon / Telefax: 0271 740 2228

E-Mail: sekretariat@zpe.uni-siegen.de

– Vierte
Gliederungsb